

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2025/0422/3

Verantwortlich: **Dez. 6**
Dienststelle: **Amt für
Hochbau und
Gebäudewirtschaft**

Anmietung von Räumen im Mittelbau des Markgräflichen Palais am Rondellplatz zur Unterbringung des Standesamtes und weiterer Nutzungen Ergänzungsantrag: SPD

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	24.06.2025	10.2	Ö	Entscheidung

Kurzfassung

Aus Sicht der Verwaltung sind die Räumlichkeiten im Markgräflichen Palais auch an private Dritte und an städtische Gesellschaften für Einzelveranstaltungen zu vermarkten.

Die Verwaltung ist beauftragt, im Zusammenhang mit der 4. Stufe der Haushaltssicherung Konzepte zu entwickeln, den Flächenbestand bei Verwaltungsgebäuden unter Berücksichtigung flexibler neuer Arbeitsformen zu reduzieren.

Die zu erwartende Kosteneinsparung aus der Vermietung des Markgräflichen Palais an Dritte und aus der Beendigung von Anmietungen bei Verwaltungsgebäuden können zur Gegenfinanzierung herangezogen, jedoch derzeit noch nicht beziffert werden. Dies wird im Gesamtkonzept mit dem Ziel erstellt, ein Maßnahmenpaket im Rahmen der Haushaltsberatungen im November 2025 vorzutragen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input checked="" type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input checked="" type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Erläuterungen

Aus Sicht der Verwaltung spricht nichts gegen eine Mitnutzung der Räumlichkeiten im Markgräflichen Palais durch Dritte. Die repräsentativen Flächen sind aus Sicht der Verwaltung gut zu vermarkten und für Einzelveranstaltungen zu vermieten. Dabei ist eine Überlassung der Flächen an städtische Gesellschaften für Veranstaltungen genauso denkbar als auch eine Vermietung an Private. Im Kontext der Ausarbeitung eines Belegungskonzepts sind die marktgängigen Preise für die Überlassung der Räumlichkeiten im Markgräflichen Palais festzulegen und auch Bedarfe städtischer Gesellschaften abzufragen.

Auf der Grundlage der Verwaltungsanträge hat der Herr Oberbürgermeister im Zusammenhang mit der 4. Stufe der Haushaltssicherung konkrete Aufgabestellungen bezüglich der Reduzierung und der Einsparpotenziale an die Verwaltung erteilt. Die von der Verwaltung zu erarbeitenden Konzepte zielen auf eine Reduzierung des derzeitigen Flächenbestandes in Verwaltungsgebäuden unter Berücksichtigung flexibler neuer Arbeitsformen, wie multifunktionale Arbeitsplätze, Desksharing oder Homeoffice ab. Im Ziel sollen durch die Reduzierung der Flächenstandards Anmietungen bei Verwaltungsgebäuden beendet werden.

Erläuterungen zu finanziellen Auswirkungen

Derzeit kann die Verwaltung noch keine konkrete Darstellung zur möglichen Gegenfinanzierung des Markgräflichen Palais aus Drittvermietung machen und auch keine Aussage treffen, welche angemieteten Gebäude nicht mehr benötigt und die Mietverhältnisse entsprechend beendet werden können, um die Kosten gegen zu finanzieren. Die Verwaltung erwartet bei der Aufgabe von Verwaltungsgebäuden ein Einsparpotenzial. Dies wird im Gesamtkonzept mit dem Ziel erstellt, ein Maßnahmenpaket im Rahmen der Haushaltsberatungen im November 2025 vorzutragen.